

Bezugspreis:

Stückpreis 7,50 M. monatlich 2,50 M. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 25. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigenpreis:

Die abgegebene Nonpareilzeile ...

Die Krise der Friedenskonferenz.

Vermittlungsversuche.

Lloyd George besucht Orlando.

Amsterdam, 24. April. Reuters meldet aus Paris: Orlando ...

Haag, 24. April. (Holländisch Neuwortbureau.) Aus Paris wird gemeldet: Orlando ...

Nach einer Reutersmeldung aus Paris hat Orlando erklärt, daß seine Kollegen ...

Die „Times“ erzählt, daß Lloyd George und Clemenceau bereit sind, sich an den Londoner Vertrag zu halten, wenn Italien ...

Die Drohungen der Jingos.

Amsterdam, 24. April. Der Pariser Korrespondent der „Daily Mail“ bemerkt, daß die Alliierten ihren letzten Trumpf ...

Italienische Pressestimmen.

Rom, 23. April. Nach einer Stefanimeldung besprechen die Blätter die diplomatische Lage auf der Pariser Konferenz ...

„Tribuna“ schreibt: In dieser größten Krise des Krieges und Bündnisses werden wir ruhig und stark und vor allem einzig ...

„Corriere d'Italia“ hebt hervor, daß die von italienischen Parlamentariern an Ministerpräsident Orlando abgeschickte Depesche ...

„Giornale d'Italia“ sagt: Die Freundschaft Italiens ist nicht etwas, was man vernachlässigen kann, so wie es diejenigen ...

„Idea Nazionale“ erklärt, die Italiener drängten sich um ihre Delegation, König, Volk und Partien bildeten einen einzigen Leib ...

„Popolo d'Italia“ schreibt: Wenn die Anglo-Amerikaner und mit der Verweigerung von Brotkrumen und Kohlen ...

Keine Verzögerung der Verhandlungen mit Deutschland.

Paris, 24. April. Havas. Man hofft in Paris, daß der festgesetzte Tag für die Verhandlungen mit den deutschen Delegierten ...

Deutschland und der Frieden.

Eine Unterredung mit Scheidemann.

Haag, 24. April. (SR) Aus London wird gemeldet: Der Berliner Korrespondent der „Daily Chronicle“, George Kenward, meint, daß nach seinen Informationen in deutschen ...

Deutschösterreichische Nationalversammlung Abordnung nach Weimar.

Wien, 24. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde eine ...

Staatskanzler Dr. Renner bemerkte dazu: „Die deutsche Nation, deren integrierender Bestandteil die Deutschösterreicher sind, ...

Es wurden hierauf gewählt die beiden Sozialdemokraten Abram und Hillebrand, zwei Christlichsozialen und ein ...

Der Verfassungsausschuß nahm das Gesetz über die Festlegung des 12. November und des 1. Mai als gesetzliche Feiertage an. ...

Italien will nicht unterzeichnen!

Man hat wochenlang hüben und drüben debattiert, ob Deutschland den Friedensvertrag, den man ihm in Versailles vorlegen will, unterzeichnen wird oder nicht. ...

Von heute in vier Tagen sollen wir in Versailles das Schriftstück empfangen, das uns unser Schicksal verkündet. Man hat uns gesagt, daß es ein Dokument der Weisheit und Gerechtigkeit sein werde, dessen Vollkommenheit durch Änderung ...

Nun aber diese Wendung! Der Verbündeten einer, und nicht der geringste, hat sich von der Vollkommenheit des in Paris geschaffenen Friedensdokuments so wenig überzeugen lassen, daß er es seinen Verbündeten vor die Füße wirft und ...

Als Italien 1915 in den Krieg eintrat, hat es sich von der Entente nicht wenig versprochen lassen: Tirol bis zum Brenner, Triest, Görz und Gradiska, Istrien und Dalmatien. ...

Italiens Standpunkt ist oft offen imperialistisch. An der Ostküste der Adria gibt es zwar italienische Ansiedlungen, aber die Stamm- und Hinterlandsbevölkerung ist südslavisch. ...

Wir Deutschen haben den sehnlichen Wunsch, daß man auch mit uns die Sprache der Aufrichtigkeit sprechen möge. Man mag uns aufrichtig sagen: Ihr seid die Besiegten, also ...

Wilson beruft sich in seiner Erklärung über das adriatische Problem den Italienern gegenüber auf die „Reordnung nach Recht und Gerechtigkeit“, die im Frieden mit Deutschland zum Ausdruck kommen soll. ...

Wenn das in Versailles fertiggestellte Friedensinstrument aus dem Lager der Verbündeten selbst heraus so beurteilt wird, so kann man es uns Deutschen doch, weiß Gott, nicht übernehmen, wenn wir uns erst genau ansehen wollen, was man uns da zur Unterzeichnung vorlegen wird. Wir fordern, daß

man den Entwurf der Entente nicht als etwas Festes, Starres, Unabänderliches behandelt, sondern daß man auf unsere Einwendungen einget, unsere Verbesserungsvorschläge prüft, daß man ehrlich von Volk zu Volk mit uns verhandelt.

Alle Einsichtigen auf der gemäßigten Seite müssen sich klar darüber sein, daß die Methode, nach der man die Friedensfrage drüber behandelte, Schiffbruch erlitten hat. Nach sechs Monaten geheimdiplomatischer Verhandlungen, die schon formal geradezu ein Hohn auf die Grundzüge Wilsons sind, ist ein Hartenstand von Kompromissen zustande gekommen, das jeden Augenblick der Ausbesserung bedarf. Jetzt ist es vom italienischen Wind abermals umgeweht worden — viermal vierundzwanzig Stunden vor der Ankunft der Deutschen in Versailles!

Hätte man gleich im November das deutsche Volk zu einer allgemeinen öffentlichen Weltkonferenz eingeladen, so wäre der Frieden wahrscheinlich längst schon unter Dach und Fach. Die tiefe Uneinigkeit der Allierten untereinander hat diese Lösung vereitelt, sie wollten erst unter sich einig werden, um nicht angesichts des Verhandlungsgegners einander in die Haare zu geraten, und nun haben sie dieses Schauspiel doch nicht verhindern können. Die Uneinigkeit der Allierten hat daran schuld, daß Europa noch immer auf den Frieden wartet.

Gelien kann nur eins, daß man entschlossen von vorne anfängt und alle Beteiligten zu öffentlicher Aussprache an den runden Tisch läßt. Nur so kann verhindert werden, daß Eifersüchtelei, Verstimmung, Rachsucht nach Friedensschluß unter der Decke weiter fortzuschleichen, um beim ersten Windstoß in helle Flammen auszubreaken. Die Verblindeten können Deutschland gegenüber auf ihrem Entwurf bestehen, können uns vielleicht zwingen, unsere Unterwürigkeit unter ihn zu sehen. Dauerndes wird aber damit doch nicht geschaffen sein. Dauerndes kann nur werden, wenn von Gerechtigkeit nicht nur gesprochen, sondern sie auch wirklich geübt wird, und das kann nur in neuen allgemeinen Friedensverhandlungen geschehen, zu denen Deutschland voll guten Willens seine Delegation nach Versailles schickt. Kehrt sie von dort unverrichteter Dinge zurück, so wird das ein unabsehbares Unglück nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa sein!

## Hendersons Protest gegen den Gewaltfrieden

Der Friedensvertrag soll kein Papiersehen sein.

Amsterdam, 24. April. Nach den englischen Blättern vom 23. April erklärte Henderson auf dem französischen Sozialistenkongress: Man hat uns gesagt, daß der Friede auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons geschlossen werden soll, und wir erwarten, ebenso wie die Deutschen, daß diese Zusicherung eingehalten wird, und daß man nicht einen Papiersehen daraus macht.

## Der tschechische Angriff gegen Ungarn.

Büro, 24. April. (28) Aus Prag vorliegende Telegramme besagen, daß die tschechische Armee gegen Sowjet-ungarn in Marsch gesetzt worden ist. Der von drei Seiten erfolgende konzentrische Angriff gegen den Reichsbesitz der bolschewistischen ungarischen Regierung wird nach Ansicht möglicher tschechischer Kreise bereits in den nächsten Tagen zum Sturz des Sowjetismus führen. Die für den Angriff auf Ungarn bereitgestellten tschechischen Truppen sind annähernd zweihunderttausend Mann stark.

## Polnische Offensive gegen Rußland.

Vorrücken in Litauen.

Amsterdam, 24. April. Nach einer Renotermedung hat die polnische Armee in Litauen an einer Front von 150 (englischen) Meilen eine große Offensive begonnen und ist noch im Vorrücken begriffen. Die Polen hätten beträchtliche Beute gemacht.

## Die Ausstellung einfachen Hausrats.

Von Franz Rihner.

Dort, wo wir sonst aus der Tischlerkunst Glanzleistungen der Begehrtheit zu finden gewohnt sind, im Kunstgewerbe, in einem, beherbergt gegenwärtig das einfache Möbel das Bild. Freilich, junge Brautleute, die sich einrichten wollen, werden vielleicht diese zehn Wohnräume gar nicht mal so einfach finden. Schauen sie doch mit ihren wohlhabenden Farben der bunten Fenstervorhänge, der Tisch-, Bettdecken oder Polsterbezüge gar vollständig und zum Teil recht wohllich aus. Farbenfreudigkeit soll hier zum Teil erregen, was die Rot der Zeit an sonstigem natürlichen Schmuck zu enthalten pflegt. Denn das so hier ausgestellt ist, ist in erster Linie bestimmt für Leute mit beschränkter Kaufkraft, ist ausgegangen von dem Bestreben, den Kinderbemittelten die Gründung eines Haushalts zu ermöglichen, ohne dabei auf den Tisch landläufiger Stapelware zu verfallen. Und will gleichzeitig die Fortschaffung eines Gesundheitsprozesses im Geschmack der Masse sein, der in den Jahren vor dem Krieg aus dieser Klasse heraus seinen Anfang nahm.

So aus der Not der Zeit geboren, ist mit den einfachsten Mitteln gearbeitet, die der Krieg und seine Nachwirkungen zu erschütterlichen Preisen nach zur Verfügung läßt. Für Möbel dieser Preiskategorie wurde das inländische Rohholz das wichtigste Material. Wie sehen hier fast durchwegs Kiefernholz, ganz vereinzelt Fichte und Rotbuche, verwendet, altes Holz gebragt, in der Farbe vom helleren Braun des deutschen Kiefernholzes bis zu dunklerer Alteiche ansetzend. Nur die beiden Rücken sind natur (gelblich) lasiert und lackiert. Infolge des Schellackmangels unterließ durchweg die schützende Oberflächenbehandlung mit der bedenden und härtenden Polituren. In den meisten Räumen sind die Stühle entweder ganz leicht mattiert oder ganz rot in der Beizung gelassen, was bei besonderer Behandlung der Möbel unbedenklich erscheint. Ein neueres Verfahren, das Durchdringen des Holzes, verhält sogar bei härtester Benutzung der Möbel ein Verschleiden der abgenutzten Ranten. Ein einziges Schlafzimmer der Ausstellung ist — kaum zu seinem Vorteil — leicht lackiert.

Zu behaupten ist, daß bei den hier dargebotenen Einrichtungen der von dem Veranstalter im Prospekt selbst beantwortete Versuch mit getrichenen Möbeln nicht gemacht ist. Der Deckfarbenanstrich, der natürlich nicht durch aufgemalte Holzmalerei oder Holzgrün vorläufigen darf, sondern schicht für schicht in gelben, roten, blauen oder schwarzen Tönen aufgetragen ist, ist in einem Falle angewandt worden, die Färbung dieser Flächen ist zwar ein guter, aber immerhin ein Notbehelf. Weniger gut ist aber die Plattenbehandlung in den Rücken. Eine Rückenplatte lasiert und lackiert ist und bleibt ein Übel. Der beste Lack vermag den heißen Töpfen, Schälchen, Tassen und Kassen nicht standzuhalten. Demnach gibt es für die oberen Flächen der Rückenstücke, -stühle und

Wagen, 24. April. Nach zuverlässigen Nachrichten sind bis jetzt in Riga 4500 Männer und 1600 Frauen erschossen worden. Riga ist in den Händen der Bolschewiki und auf ihr Konto ist diese Blutschuld zu legen.

Osaka, 24. April. (S. N.) Aus Paris wird gemeldet: Das „Echo de Paris“ berichtet aus Stockholm, daß im Bezirk Sömel im Gouvernement Nowgorod eine antibolschewistische Bewegung ausgebrochen ist. Die Bevölkerung sei in den Ausstand getreten. Es wurden wütende Gefechte geliefert. Die Bolschewisten warfen Granaten auf, die sie mit Maschinengewehren verteidigten. Die meisten bolschewistischen Führer sind, nachdem das Hotel, in dem sie sich verschanzt hatten, durch die Bevölkerung gestürmt worden war, ermordet worden. Die Sowjetregierung hat chinesische Truppen mit schwerem Geschütz abgesandt, um den Aufstand niedergulampfen.

## Rifita abgesetzt.

Vereinigung Montenegro mit Südslawien.

Saibach, 24. April. Nach einer Meldung des Saibacher Korrespondenten aus Podgorica veränderte die Nationalversammlung am 20. April die Vereinigung Montenegro mit dem südslawischen Königreich und erklärte König Rifita für abgesetzt, worauf der Vertreter des südslawischen Staates Pavitschich die ausführende Gewalt übernahm.

## Arbeitswiederaufnahme in Augsburg.

Betriebsräte in Bayern.

In Augsburg ist die Arbeit in den Fabriken in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Die Straßenbahnen sind wieder im Betrieb. Im Telefonverkehr ist der Ortsverkehr wieder uneingeschränkt zugelassen. Die Verluste der Regierungstruppen in den letzten Kämpfen betragen 6 Tote und 18 Verwundete, von denen mehrere verstorben sind. An diesen Verlusten sind auch die württembergischen Truppen beteiligt.

Nach einem Bericht des württembergischen Kriegsministers sind die Hauptkräfte der Münchener Sozialisten bei München versammelt, während Sicherungstruppen an der Amper in Linie Ammersee-Dachau-Freising stehen. An der Wurm werden Feldbefestigungen angelegt.

Der bayerische Minister für soziale Fürsorge hat bis zur reichsgesetzlichen Regelung durch Verordnung die Errichtung von Betriebsräten in Bayern angeordnet.

## Schleswig-Holstein.

Besprechungen im Ministerium des Innern.

Am Donnerstag, den 24. April 1919, begannen im preussischen Ministerium des Innern, auf Einladung der Staatsregierung, Besprechungen deutscher Sachverständiger in schleswig-holsteinischen Angelegenheiten, die in ähnlicher Weise wie die kürzlich beendeten Besprechungen in sächsischen Angelegenheiten stattfinden. Die Besprechungen dienen vornehmlich dem Zweck, das Material für die Friedensverhandlungen einer letzten Sichtung und Ergänzung zu unterziehen und die Meinungen und Stimmungen in der Bevölkerung der Provinz zu hören. Ihre Wünsche und Bedürfnisse zu prüfen und eine möglichst einheitliche Stellungnahme zu ergreifen. Aus diesen Gründen ist der Kreis der Sachverständigen nicht enge gezogen. Die verschiedensten Interessentenkreise sind vertreten.

## Massenkundgebung der Danziger Einwohnerschaft gegen den Gewaltfrieden.

Danzig, 24. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf dem größten Platz Danzigs, dem Heumarkt,

hatten sich heute nachmittags 5 Uhr etwa 80 000 Arbeiter, Bürger und Soldaten eingefunden, um gegen den Gewaltfrieden Stellung zu nehmen. Zehn Redner, darunter drei Sozialdemokraten von der alten Partei, wiesen in flammenden Ansprachen die Annexionspläne der Entente entschieden zurück. Unsere Genossen stimmten einer Resolution zu, in der es u. a. heißt:

„Ein Gewaltfrieden kann nicht zur Versöhnung der Völker führen, er birgt vielmehr den Keim neuer Kriege in sich. Die Versammelten fordern die Reichsregierung auf, bei einem eventl. Gewaltfrieden das souveräne Volk selbst über sein Schicksal entscheiden zu lassen.“

Die Mitglieder der amerikanischen Kommission sahen von den oberen Stockwerken eines Hotels aus der gewaltigen Kundgebung zu, die Stundenlang der Innenstadt das Gepräge gab. Jämmerlich verlief dagegen eine mit großem Geschrei inszenierte polnische Kundgebung für die Polonisierung Danzigs am ersten Osterfeiertag, an der knapp 4000 Personen teilnahmen.

## Die Märchen der Tante Vof.

Berlin, 24. April. Von zuständiger Seite geht uns folgende Erklärung zu: Die „Bosische Zeitung“ veröffentlicht in Nr. 208 einen Artikel „Die Uebersetzung der Einladung“, den sie als von gut unterrichteter Seite herrührend bezeichnet. Sämtliche Angaben dieses Artikels sind von A bis Z un wahr. Weber ist der Legi der Rote von der Waffenstillstandskommission unter Zustimmung eines Uebersetzungsbureaus festgestellt worden, noch ist er weiterhin in einem anderen Bureau zur Kontrolle abgegeben worden. Der Minister des Auswärtigen hatte selbst so wenig harte Zweifel an der Richtigkeit der Uebersetzung, daß er sie selbst im Kabinett vorzutrug und betrat. Daß zwei Minister, die des Französischen nicht mächtig sind, durch ihre Stellungnahme für die falsche Uebersetzung die Anhänger der richtigen Uebersetzung in die Minderheit bringen konnten, ist ebenso un wahr. Weber haben sich die Herren Scheidemann und Erzberger für die vorliegende Uebersetzung eingesetzt, noch ist von irgend einem anderen Minister ein Zweifel an der Richtigkeit geäußert worden, auch nicht von dem in dem Artikel erwähnten Professor Schäding, der allen folgenden Kabinettsitzungen beigewohnt hat, die sich auf die Rote und ihre Uebersetzung bezogen. Die gehäuften Unwahrheiten dieses Artikels können nur den einen Zweck haben, die Regierung der deutschen Republik in der Meinung der Welt herabzusetzen. Mit dieser Aufbedung dürfte dieser Versuch als gescheitert zu betrachten sein.

Herr Bernhard läßt besser, sich mit seinen Kriegsmemoiren in ein silbes Kämmerlein zurückzuziehen, anstatt mit allerhand Klamaul Männern die Arbeit schwer zu machen, die die Folgen einer auch von ihm mit verschuldeten Politik auszubaden haben.

## Ist das nun auch Chauvinismus?

„Freiheit“ und Wilson-Programm.

Am Tage nach Ostern hat die „Freiheit“ festgestellt, daß die Berufung der deutschen Regierung, namentlich Scheidemanns und Eberts, auf die 14 Punkte Wilsons nichts weiter sei als „eine neue Kampagne zur Entschaffung nationalstiller Leidenschaften“. Jetzt lesen wir in derselben „Freiheit“ — übrigens mit Zustimmung in vielen Punkten — einen Artikel von Karl Kautsky über die Friedensverhandlungen, der an einer Stelle wörtlich folgendes sagt:

„Wer allerdings, wenn die Vertreter Deutschlands jetzt einen Frieden unterzeichnen, der unvereinbar ist mit den Wilsonschen Grundfäden, dann müssen sie klar erkennen lassen, daß Deutschland sich dabei nicht beruhigen kann. Sie müssen darauf hinweisen, daß man alles aufbieten wird, die der Selbstbestimmung der Völker widersprechenden Bestimmungen baldmöglichst zu einer Revision zu bringen. Nicht durch einen neuen Frieden kann. In der Vorbereitung Berlin-Bitterfeld beträgt die Spannung rund 100 000 Volt. Die Leitung ist 120 Kilometer lang. Bei gleichbleibender Wirtschaftlichkeit wächst die mögliche Entfernungsweite mit dem Quadrat der Spannung, und so würde die Verdoppelung der Spannung bei 200 000 Volt die Verdopplung der Entfernungsweite bedeuten, über die elektrische Kraft als Drehstrom noch in wirtschaftlicher Weise übertragen werden könnte. Eine Ueberspannung wäre in einem Umkreis von 500 Kilometern möglich. Da die Erzeugung von elektrischem Strom gewisslos an dem Gewinnort der Kohle an wirtschaftlichen ist, weil damit vor allem jeder Kohlentransport wegfällt, so könnte man nur das oberste Ende oder das westliche Ende des Steinkohlengebietes als Mittelpunkt eines Netzes wählen, dessen Durchmesser 500 Kilometer beträgt. In diese beiden Kreise würde natürlich der größte Teil des deutschen Gebietes fallen, d. h., es wäre wirtschaftlich denkbar, fast ganz Deutschland von diesen beiden Kohlenzentren aus mit elektrischer Energie unmittelbar zu versorgen. Gerade jetzt, wo die Sozialisierung der Kohle durchgeführt und gleiches für die Energie geplant wird, bieten diese Ausführlungen besonderes Interesse. Dadurch würde innerhalb so weiter Gebiete nicht nur jeder Kohlentransport überflüssig, sondern auch, da in solchen großen Elektrizitätszentren die Kohle auf das vollkommenste ausgenutzt werden kann, noch weitere Vorteile erzielt werden. Denn selbstverständlich wird man dort nicht die rohe Form der Umwandlung von Kohle in Energie durch einfache Verbrennung anwenden, sondern die Kohle vergasen und auf diese Art reißlos alle wichtigen Nebenprodukte, vor allem den so genannten in der Kohle enthaltenen Stickstoff, ausnützen.“

## Notizen.

— Russl. Am 27. April, mittags 12 Uhr, findet im Theater am Bülowplatz das vom 9. März verlegte Volksbühnen-Konzert der Berliner Trio-Vereinigung (Prof. Mayer-Rohr, Alfred Wittenberg, Prof. Heinrich Grünfeld) statt.

— Dichterabend. Im Rindow-Scharwenka-Saal, Köpenicker Str. 76, werden am 28. April, 8 Uhr, Dichtungen von John Henry Mackay vorgetragen. Der Vortrag betrifft auch die Beziehung des Dichters zum Werk Max Stirners.

— Kunstabend. Eine künstlerische Volkserziehung findet Sonntag 1/2 Uhr in der Aula des Kaiser-Wilhelm-Realgymnasiums, Köpenicker Str. 86, statt. — Am gleichen Abend tragen Oscar Ludwig Brandt, Margarete Jacoby und Paul Schramm in der Aula des Werner-Stemens-Realgymnasiums, Schöneberg, Hohenstaufenstr. 47/48, Revolutions-Dichtungen vor.

— Die Vorlesungen des Genossen Dr. Lensch an der hiesigen Universität beginnen am Montag, den 6. Mai. Lensch liest über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848—1918 zweifach.

— Die Frühjahrs-Ausstellung der Berliner Sezession wird am 30. April, nachmittags 2 Uhr, eröffnet. Die Dekorationen des großen Saales sind bereits vollendet.

— Humboldt-Hochschule. Das Vorlesungsverzeichnis für April—Juni 1919 enthält 176 Vortragsreihen aus allen Wissensgebieten und Unterrichtskursen in allen wichtigen klassischen und modernen Sprachen, in Mathematik, Stenographie und Buchführung. Hauptgeschäftsstelle Berlin O 2, Neue Friedrichstraße 68—66 II. (Str. 4860.)

könnte nichts Besseres als rohes altes Eisen, Rohbuchen, im Notfall auch Nadelholz und erst in zweiter Linie harten Pinoleum-belag.

Der Preis scheint auf den ersten Blick im Gegensatz zu dem Begriff „einfacher Hausrat“ zu stehen. Kostet z. B. ein Wohnzimmer mit Schreibkommode, Tisch, Sofa mit 2 u. 3. und Rückenpolstern, Stühlen, Sessel mit Armlehnen und Spiegelkommode reichlich 1000 Mark; ein Schlafzimmer mit 2 Betten nebst Auflegematratzen, 2 Nachtschränken, Waschtisch, Kleiderschrank, Stühlen etwa 1200 Mark. Ein Wohn- und Schlafzimmer wird mit etwa 1100 Mark, ein anderes mit 1400 Mark angeboten und soll in Eiche für 800 Mark mehr kosten. Von den beiden Wohnflächen kommt die eine auf rund 900 Mark, eine andere mit Rückenstuhl, 2 Tischen mit rotem altem Eisen, Kastenbänken, Stühlen und Wandbügel etwas über 700 Mark.

In diesen Preisen, die unter den gangbaren Ladenpreisen ähnlicher Qualitäten bleiben, drückt sich die allgemeine Preissteigerung auf dem Möbelmarkt aus. Bei den feineren als teuer verschrienen erstklassigen Möbeln der Ausstellung in Berliner Gewerkschaftsbauhe lasteten Wohn- und Schlafzimmer Riecher gebragt oder Sobim-Mahagoni matt 680 bis 800 Mark, in Eiche bis 900 Mark, die einfachen Rücken lastet oder weich gestrichen 140 bis 180 Mark.

Die Preise und Einteilung der Möbel entsprechen den für diese Verhältnisse erprobten Normen, die gerade ist durchweg etwas reichlich, die Form vorwiegend schlicht. Weist haben die Rückenstücke volle Seiten und glatte, lehlungslose Türrahmen. Als besonders gut und behaglich fällt ein Brettschuh mit niedriger hoher Lehne auf. Nicht alle Möbel sind so glücklich in der Form. Beigegeben sind der Ausstellung auch Geschirrstücke in muster-gültigen Normen.

Das Ganze ist hier nicht auf den Verkauf eingestellt, es soll dem Publikum lediglich eine Probe von dem gehen, was auf dem Gebiete zweckmäßigen einwandfreien Hausrats heute zu haben ist. Es ist ein Versuch zur Läuterung des Geschmacks.

Darum ist zu wünschen, daß zumindest die vielen, die heute freiwillig oder gezwungen feiern, ihre freie Zeit zu einem Besuche dieser Ausstellung benutzen. Sie ist bis Mitte Mai täglich von 10 bis 3 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Im Zusammenhang damit sei auf zwei andere viel zu wenig bekannte händige Ausstellungen einfachen Hausrats hingewiesen. Die eine befindet sich im Berliner Stadthaus, Zimmer 238, und enthält Möbel im Preise von etwa 1000 Mark für Wohn- und Schlafzimmer und 325 Mark für die einfache grau gestrichene Küche. Bestimmt sind diese Sachen in erster Linie für Kriegsgezeichnete und Kriegsteilnehmer. Weiter unterhält die Stadt Lichtenberg in der Schule Holteistraße eine Möbelausstellung.

Man sieht, was vor acht Jahren in den bescheidenen Kellerräumen des Gewerkschaftsbauhe begonnen, findet jetzt noch unter den Kriegsveteranen an besserer Stelle seine Fortsetzung und damit Rechtfertigung.

## Energiezentren für ganz Deutschland.

Vor den Berliner Elektrotechnikern hatte Dr. Dolivo-Dobrowolski über die Grenzen der elektrischen Arbeitsleistung durch Drehstrom gesprochen, und dabei war er zu dem Ergebnis gekommen, daß man Herleitungen wirtschaftlich höchstens bis zu 200 000 Volt

Krieg — dies Hilfsmittel wäre weit schlimmer als das Hebel selbst, wäre direkter Selbstmord des ganzen deutschen Volkes — sondern durch die Kräfte der internationalen, vor allem der proletarischen Demokratie.

Wir sind durchaus hiermit einverstanden, aber — das ist so unendlich wichtig, deswegen die „Freiheit“ Ebert und Scheidemann die „Entfaltung nationaler Leidenschaften“ vorgeworfen hat. Aber natürlich wird die „Freiheit“ nicht verfehlen, uns nachzuweisen, das bei ihr das alles „ganz was anderes“ ist.

### Wie es in Braunschweig zugeht.

Unlängst haben wir an Hand des Danziger Beispiels dargelegt, in wie unverantwortlicher Weise von den Unabhängigen und Spartakisten die Arbeiter in den Generalstreik gekehrt werden. Ganz ähnlich haben sich die Dinge nach und vorliegenden Berichten in Braunschweig abgespielt. Dort ist jetzt die Stimmung unter den Arbeitern außerordentlich gereizt gegen die unverantwortlichen Streikbrecher, an erster Stelle Merges und Dertzer.

Die Braunschweiger Arbeiter sind überhaupt nur unter der Annahme in den Streik gegangen, daß im ganzen Reich dieselben Zustände herrschten wie in Braunschweig, diese Meinung wurde ihnen durch rücksichtslose Propaganda beigebracht, die das Herkommen mahler Nachrichten veränderte. Der dem Streik abgeneigte Teil der Arbeiterklasse wurde in unerhörter Weise vergewaltigt. So sollte z. B. bei den jüdischen Werken durch Handaufheben über den Streik abgestimmt werden. Nachdem nun eine zweifelhafte Mehrheit dafür gestimmt hatte, und die Gegenprobe gemacht werden sollte, erhoben die Terroristen ein lautes Gebrüll: „Schlagt sie auf die Finger!“ und machten so die Abstimmung unmöglich.

Bezeichnend für den Geist der neugebildeten Roten Garde, die zum größten Teil nicht aus Arbeitern bestand, war ein Mann, der probeweise kurz vor dem Einmarsch der Regierungstruppen stand. Von 1200 eingeschriebenen Mann kamen — 90 Mann, die erst ein wildes Geschrei veranstalteten und dann anschließend mehrere Einbrüche verübten. Uebrigens hatte die Unfähigkeit in Braunschweig den denkbar höchsten Grad angenommen.

### Die Hochburg des Kommunismus.

Braunschweig, 24. April. In der heutigen Landesversammlung teilte Präsident Dr. Jasper mit, der Landesversammlung sei eine rechtliche Stellungnahme der Reichsregierung zugegangen, darin werden der braunschweigischen Regierung schwere Vorwürfe gemacht. Braunschweig habe sich als Mittelpunkt der kommunistischen Bewegung erwiesen und habe gegen die Reichspolizei verstoßen. Aus der braunschweigischen Regierung seien verschiedene wichtige Mitarbeiter entlassen worden. Die Regierung habe große Verluste von Heeresgut vorgenommen, es seien aber erst 42 857 R. abgeführt worden, während allein 1 160 000 R. durch den Verkauf von Werten eingenommen worden seien. Die Demobilisierung sei gestört worden. 3000 Gewehre, viele Maschinengewehre, 20 Geschütze und 7000 Handgranaten seien den Heeresbeständen entnommen worden. Die Freiwilligenkorps seien behindert worden. Die Volkswehr habe sich bis zuletzt als kommunistisch erwiesen. Braunschweig sei die Hochburg des Kommunismus gewesen. Schon Anfang Februar sei der Entschluß gefaßt worden, in Braunschweig einzugreifen, doch sei die Ausführung immer wieder verschoben worden. Das Schreiben führt weiter eine ganze Reihe anderer Fälle an, die für das Eingreifen der Reichsregierung bestimmend gewesen sind.

### Der größte Teil der Regierungstruppen abgezogen.

Braunschweig, 24. April. Die Marinebrigade und das Kavallerie-Schützenkommando, die dem Landesjägerskorps beigegeben waren, sind wieder abgerückt. Es bleibt nur das Landesjägerskorps in der Stadt zurück.

### Ausfahrungen in Hindenburg.

Hindenburg, 24. April. Die schweren Ausfahrungen, die sich vor einigen Tagen in Zabrze abspielten, haben heute in Hindenburg, wie der „Oberschlesische Wanderer“ meldet, eine traurige Fortsetzung erfahren. Seit 10 Uhr früh sammelten sich in den Hauptverkehrsstraßen eine große Menschenmenge an, meistens aus Frauen aus den benachbarten Ortschaften Zabrze, Paulsdorf und Wesschowitz bestehend. Sie versuchten in zwei Konfektionsgeschäften in der Dorotheenstraße einzudringen und zu plündern bzw. nach der bekannten Methode die Ware zu Friedenspreisen zu verkaufen. Bis 5 Uhr nachmittags konnte die Ruhe aufrechterhalten werden. Da sich um diese Zeit an der Dorotheen- und Schillerstraße wieder eine aus etwa 3000 Personen bestehende Menschenmenge eingefunden hatte, die eine drohende Haltung einnahm, war das Militär gezwungen, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Bei der Säuberung der Straßen wurde in der Schulstraße ein 14jähriger Knabe durch einen Kopfschuß getötet.

### Meuterei in einem Gefangenenlager.

Tarshin, 24. April. Im Gefangenenlager meuterten heute vormittag die russischen Kriegsgefangenen, die sich den Anordnungen der Lagerbehörde widersetzen und weder durch das deutsche Personal, noch durch das russische Hilfskomitee zur Vernunft gebracht werden konnten. Als einzelne der Meuterer zu Tätlichkeiten übergingen, eröffnete die inzwischen angerückte Bewachungstruppe das Feuer. Sechs Russen wurden erschossen und 147 verwundet, darunter neun schwer. Die Ruhe war in kurzer Zeit wieder hergestellt.

### Vom täglichen Lügenchauplatz.

Und wird geschrieben:  
In ihrer Nr. 198 vom 23. April berichtet die „Freiheit“ unter der Ueberschrift „Vom täglichen Kriegschauplatz“ über die Belegung des Lazarett-Wänsdorf bei Josten durch Freiwilligen- und Reserve-Truppen. Nach dem Bericht der „Freiheit“ gaben die Truppen-Scharedische ab, besetzten die gesamte Station und verlangten von den Patienten die Herausgabe sämtlicher Kleidungsstücke. Als sich die Patienten weigerten, kam es zu tätlichen Angriffen der Regimentertruppen.  
So die „Freiheit“ und jeder redlich Denkende wird nunmehr empört sein, über diesen Willkürakt der Freiwilligen-Selbstbesta, die es sich anmaßt, ein Lazarett besetzen und den wehrlosen Kranken die Kleidungsstücke zu entwinden, ohne jeglichen Grund, denn einen Grund für das Vorgehen der Truppen gibt die „Freiheit“ nicht an.

Darum sei der wahre Sachverhalt einmal hierher gesetzt:  
Das Militär-Lazarett in Wänsdorf ist ein solches für Geschlechtskranke und nahezu überfüllt. Leider muß gesagt werden, daß gerade die Feldärzte, die außerordentliche Schädlichkeit der Geschlechtskrankheiten für ihre eigene Person und, im Falle der Uebersetzung, auch für ihre Volksgenossen verkennen oder auf die leichte Achsel nehmen. Daraus ist es zu erklären, wenn Injassen des Lazarett, trotzdem sie sich noch im Krankheitsstadium befinden, Auszug aus dem Lazarett gesucht und gefunden

haben, um Fidei-Tas zu treffen, auch in Begleitung weiblicher Personen Wänsdorf und Umgebung, und das bedeutete nichts weiter als eine Verletzung der Wänsdorfer Umgebung.

Es ist ferner auch nicht zu leugnen, daß besonders im dortigen Lazarett sich verdeckte dunkle Elemente befinden, die naturgemäß in Hypertrophie zu machen. Die von den Truppen vorgenommene Waffenrazzia hat ebenfalls Erfolg gezeitigt.

Und nun die Frage an jeden, dessen Verstand noch nicht vom Gehirnfloss der „Freiheit“ umnebelt ist: War die Belegung des Wänsdorfer Lazarett, unter Berücksichtigung der vorstehend angegebenen Gründe, berechtigt oder nicht? Ja! Denn es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Lazarettleitung nicht mehr imstande war, aus sich heraus dem Treiben ihrer Kranken Einhalt zu gebieten.

Damit ist hoffentlich der Hege der „Freiheit“ in diesem Falle wieder einmal die Spitze abgedrohen.

### Gesamtkundgebung aller Kriegsofoper.

Am Sonntag, den 27. April 1919, werden in allen Orten Deutschlands sämtliche Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, welchen Organisationen sie auch immer angehören, in Massenkundgebungen ihre dringendsten Forderungen der Öffentlichkeit vor Augen führen. Gleichzeitig werden Vertreter der Organisationen mit dem Staatsministerium über die Erfüllung ihrer Forderungen verhandeln. Diese umfassen, wie die Telegraphen-Union erzählt, folgende sechs Punkte:

1. Sofortige Inangriffnahme der Bearbeitung des neuen Mannschafts- und Hinterbliebenenversorgungsgesetzes durch eine besondere Kommission der beteiligten Zentralverbände und der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen-Organisationen.
2. Bis zum Inkrafttreten dieser Gesetze sofortige wesentliche Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.
3. Nachträgliche Gewährung von Entlassungszulagen und der sonstigen Entlassungsergebnisse an alle vor dem 9. November 1918 entlassenen Kriegsofoper.
4. Sofortige Inangriffnahme eines Gesetzes zur Schaffung eines wirklichen Einstellungszwanges.
5. Beschleunigung der Wohnungsfürsorge durch Schaffung von Notstandsbezügen, Inangriffnahme von Wohnungsbauten und Prüfung der Frage der Zivileinquartierung.
6. Bereitstellung ausreichender Reichsmittel für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

Die Ankündigung der Geheimgenossen, unter diesem Titel veröffentlicht der Fern-Verlag (Verlag W. 82) eine Broschüre, die in erschütternder Weise die Korruption aufdeckt, die unter altem Heereswesen überwucherte. Es ist die Geschichte eines Feldlazarett, das Lagerführer eines Sanitätsfeldwebels aus den Jahren 1914 bis 1918 entnommen. In dem Begleitwort, das Arthur Jidler dem Buche vorangestellt hat, heißt es u. a.: „Das deutsche Heer, die Organisation des deutschen Militarismus, war ein Stumpf, der tiefer wurde, je länger der Krieg andauerte. Während vorn in der Feuerlinie der Soldat in Blut und Schwitz verlor, saugten sich dahinter in den Reservestellungen, in der Etappe, im Hinterlande wie an der „Heimatküste“ die Schmarotzer an dem Glanz des Volkes fest. Diese wahren Feinde des Volkes nutzten die Knappheit der nötigsten Bedarfsstoffe, um ungeheure Vermögen dem kämpfenden, hungernden Heere auszusprengen; ihnen war die Wänsdorf der sogenannten Erbfolge gerade recht, um strupellos daraus Kapital zu schlagen. Wie in der Heimat, so in der Etappe. Wie der Kriegsgewinnler und der Scheichhändler, so sind die Heimatküstenoffiziere, die Etappen-Schmarotzer, die betrübenden, schließenden und schliefenden Vorgesetzten, die in der Etappe saßen, wie die Raben im Speck, bekannte Typen der „großen Zeit“... Dieses Tagebuch eines älteren besonnenen Mannes, der mit seiner Person und einer großen Anzahl Zeugen für die volle Wahrheit des Niedergeschriebenen einsteht, ist die klassische Chronik der Niederküstenheit, der Schmaroterei, der Ausbeutung, der Korruption und des Verbrechens an den Vermissten der Armen, den Opfern des Krieges!“

Das Büchlein (es kostet 80 Pf.) ist gut ausgestattet und wird dem Beifall und das Interesse aller finden, die in einer Meinung sind, daß der Krieg verpesteten moralischen Atmosphäre eine wesentliche Vorbedingung für eine bessere Zukunft erblicken und in der rücksichtslosen Ausmerzung und Brandmarkung vergangener Frevels den erlösenden Willen dazu begründen.

Die Schreiberitis ist unter den weitaus preußischen Generalen und Admiralen ausgebrochen und greift mit erschreckender Heftigkeit um sich. Nachdem General Ludendorff für ein Honorar von 200 000 R. gerückt hat, sich zu „erinnern“, greift Tirpitz zur Feder und wird schon in nächster Zeit seine Denkwürdigkeiten vorlegen, was er zwar eigentlich bei Lebzeiten nicht hat tun wollen, aber dennoch... Als dritter im Bunde lüftet jetzt der ehemalige Generalquartiermeister und Kriegsminister v. Stein seine Erinnerungen an. Vormalig haben die Soldaten einen bekannten Vers vom Auelegen und Ordenslegen gefungen, für die Herren Generale möchten wir ihn in folgender Weise variieren:

Im Kriege kommt der Ordenslegen,  
Und nach der Pleite der Wänsdorfer.

### Konferenz der Eisenbahnarbeiterräte Deutschlands.

Von einer Diskussion über die Vorträge der Referenten Betzstein und Däumig nahm die Konferenz Abstand. — Die vorliegenden Richtlinien zum Räte-System wurden angenommen. Sie fordern das volle Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über alle Verwaltungsgebiete bis zur reiflosen Ueberführung der gesamten Verwaltung in die Hände der von den Arbeitern und Angestellten gewählten Vertrauenspersonen. In diesem Sinne ist das ganze Verkehrswesen umzugestalten. Im weiteren enthalten die Richtlinien Bestimmungen über die Wahl der Arbeiterräte und deren Aufgaben. Es sollen Betriebsräte, Bezirksräte und Zentralräte eingerichtet werden. Die letzteren sollen das gesamte Wirtschaftsleben im Gebiet der Eisenbahn des Reiches überwachen und gemeinsam mit den Ministerien Verordnungen zur Aufrechterhaltung des Verkehrs und der Produktion erlassen.

Beschlossen wurde, daß der Zentralrat in Gemeinschaft mit den Organisationsvertretern mit dem Ministerium wegen Einführung der Arbeiterräte auf der Grundlage der Richtlinien in Verhandlung treten soll. Auch soll die Anerkennung des Zentralrats durch die Deutung seiner Kosten aus öffentlichen Mitteln gefordert werden. — Wegen einheitlicher Durchführung der Richtlinien soll der Vorstand mit den anderen in Frage kommenden Gewerkschaften in Verbindung treten.

Der Antrag, auf Feiertag des 1. Mai den ganzen Eisenbahnbetrieb ruhen zu lassen, wurde mit 85 gegen 20 Stimmen abgelehnt. — Der Vorsitzende Scheffel bemerkte hierzu in Uebereinkunft mit der Versammlung, es sei selbstverständlich, daß am 1. Mai nur die notwendigen Arbeiten ausgeführt werden.

Im Rahmen einer außerordentlichen Konferenz gebildeten Deputation schickte Hauffschild das Wort. Er teilte mit, daß er soeben als Zuhörer vom Kriegserichter komme. Das Gericht habe vier Eisenbahner wegen Streikvergehen verurteilt, den einen zu

6 Monaten Gefängnis, weil er einen Beamten zum Streik aufgefordert habe. Die drei anderen seien zu je 8 Monaten verurteilt, obgleich sie mit dem ersten nur mitgegangen seien, ohne sich der Aufforderung angeschlossen zu haben.

Diese Mitteilung rief ungeheure Entrüstung hervor. Mehrere Redner bezeichneten das Urteil als ein Schandurteil, als ein Zeichen für die unwachsende Reaktion, das zum schärfsten Protest herausfordere. Wenn es so weitergehe, dann würden die Eisenbahner doch eines Tages den ganzen Betrieb stilllegen.

Einmütig wurde eine Resolution angenommen, welche unter der Voraussetzung, daß die gemachten Angaben zutreffen, den schärfsten Protest gegen das Schandurteil erhebt und den Vorstand des Zentralrats beauftragt, Schritte zur Aufhebung des Urteils zu unternehmen.

Unter dem Eindruck dieser Stimmung wurde mit 24 gegen 9 Stimmen beschlossen, die Diskussion über die Arbeiterräte am 1. Mai wieder aufzunehmen. Hierzu ging ein Antrag ein: Am 1. Mai den ganzen Eisenbahnbetrieb ruhen zu lassen mit Ausnahme der notwendigen Lebensmittelpostale wie Milch für Kinder und Kranke.

Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte angenommen. Hierauf erschien eine Deputation der Hauptwerkstatt II und forderte, daß ihr Sprecher das Wort erhalte zur Begründung einer Resolution. Wie der Vorsitzende mitteilte, verlangt die Resolution die Annahme der Richtlinien für das Räte-System, die Arbeiterräte am 1. Mai, die Schaffung einer Einheitsorganisation und den Boykott der Mitglieder von Freiwilligen- und Reserve-Gruppen. — Die Konferenz lehnte es ab, den Sprecher der Deputation zu hören. — Dieser Beschluß rief einen lautmäandigen Aufruhr hervor. Die Deputation und alle die im Auditorium saßen, schickten sich unter großem Tumult an, den Saal zu verlassen. Schließlich gelang es, sie wieder zu beruhigen und man diskutierte über den Prozeduralfall. — Der Antrag, mit ehemaligen Mitgliedern der Freiwilligen-Gruppen nicht zusammenzuarbeiten, wurde einstimmig angenommen. In den Zentralrat wurden gewählt: Dietrich-Kranfurt a. M., Rensch-Gierfeld, Vorkam-Danzig, Wild-Ragdeburg, Jörres-Potsdam, Klüg-Hamburg, Michaelis-Münster.

### Stadtverordnetenversammlung.

#### Statberatung.

Hing (H. Soz.) führt aus, daß den Sozialisten der wirtschaftliche Zusammenbruch zunächst den Weg zur Durchführung ihres Kommunalprogramms verlege. Der Wohnungsfrage wie dem Siedlungsproblem sei von Kommune wegen angelegentlich der vorhandenen großen Wohnungsnot das größtmögliche Interesse zuzuwenden. Berlin müsse im Sinne der Räteverwaltung einen Wohnstandbezirk bilden. Die Verstaatlichung der Straßenbahnen sei notwendig; der unelastischen Ueberfüllung auch auf den städtischen Linien müsse unverzüglich abgeholfen werden. — Redner entwarf die kommunale Schulprogramme keiner Partei, stieg ihre Forderungen auf dem Gebiete der Hygiene, der Kranken- und Armenpflege und geht näher auf die Sozialisierungsfrage ein, wo er vor allem der Kommunalisierung der Lebensmittelpostale das Wort redet. Der Redner befragte eine evtl. Erhöhung der Sanitätsabgabe um 1/2 Proz. Die Zeitung, auch die kaufmännische, der städtischen Berliner Elektrizitätswerke scheint ihm nicht auf der Höhe zu stehen. Die kleine Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer könne der städtische Grund- und Hausbesitz wohl tragen, zumal er sich immer durch Erhöhung auf die Mieter schädlich belte; trotzdem habe bereits eine heftige Agitation der Hausbesitzer eingeleitet. Im Hinblick auf den Etat werde man belteit sein, dem Programm „Frieden und Freiheit, Arbeit und Brot!“ näher zu kommen.

Stadt. Bruns (Soz.): Wenn eine Erhöhung der Sanitätsabgabe vom Magistrat als unumgänglich nachgewiesen wird, werden wir keine Schwierigkeit machen. Auf dem Gebiete der Wohnungsfrage muß unbedingt baldigst etwas durchgreifendes geschehen, um den ärmsten und krankesten Rängen und Mischständen abzuheben. — Die Entwürfe des Räumers durchog ein gewisser Optimismus, den ich teile. Wenig erfreulich ist der Hebertrag von 20 Millionen im Jahre 1918; etwas weiter wären wir sicher gekommen, wenn nicht so stark auf die Herabdrückung des Kommunalsteuersatzes von den vom Magistrat vorgeschlagenen 100 Proz. auf 175 Proz. hingearbeitet worden wäre. Ein solches erfreuliches Zeichen sind dagegen das Vertrauen und der Erfolg, der die letzte Berliner Stadialleihe aufzuweisen gehabt hat. Voraussetzung für eine progressive Einkommensteuer ist eine Revision des Kommunalabgabengesetzes, die von der Gesetzgebung alsbald in Angriff zu nehmen sein wird. Die Sozialdemokratie sieht auch auf kommunalpolitischem Gebiet eine Fülle schwerer und verantwortungsvoller Aufgaben vor sich, an deren Lösung sie ihre volle Kraft zu setzen hat. — Redner wendet sich dann einer Reihe von Einzelheiten im neuen Etat zu. Zum Kapitel des Schulwesens plädiert er für völlig unentgeltliche Herabgabe der Lernmittel sowie für die Einrichtung von Waldschulen. Auch Berlin müsse Volkshäuser bauen. Auf dem Gebiete der Sozialisierung siehe im Vordergrund die Ernährungsfrage und wiederum die Frage der Milchversorgung im Mittelpunkt. Der Magistrat solle den sehr beachtenswerten Vorschlag des Stadts. Simonsohn in diesem Punkte folgen, dann würde der neuen Generation ein großer Dienst erwiesen. — Redner schließt mit der Aufforderung an die Gesamtheit: Lassen Sie uns treten!

Stadt. Wege (H. Vgn.) spricht sich auch für die Bewilligung der 250 Proz. und für progressive Einkommensteuer sowie für Freilassung der Einkommen bis 1500 R. von der Steuerpflicht aus. Die Belastung des Hausbesitzes sei enorm, er könne weitere Lasten abwälzen nicht tragen. Die Erhöhung des Gaspreises einzeln zum Abende der Verringerung des Defizits sei finanziell nicht möglich, da diese Preissteigerung in der Hauptsache von den kleinen Leuten aufgebracht werden müsse, während das Defizit von der Allgemeinheit zu decken sei. Andernfalls hätte man auch durch Heraushebung des Preises für die Stromkosten die Elektrizitätsverbraucher heranziehen müssen. Die Armengebühren seien zu niedrig. Man schaffe dem Hausbesitz billige Hypotheken, dann gebe es auch billige Mieten. Schließlich trat Redner für die Schaffung von Beamtenausstufungen ein und erklärt in Uebereinkunft mit beiden Vorrednern, daß die Stadt Berlin für ihre Anleihen einsteht.

Kastel (Dem.) Mit der Abwehr der Erhöhung der Grundsteuer, die jetzt von 8.1 auf 3.7 Proz. gesteigert werden soll, wird Herr Wege kein Glück haben, es kann darin eine steuerliche Ueberbürdung des Hausbesitzes nicht gesehen werden. Die Erhöhung des Elektrizitätspreises ist in Vorbereitung. Zur Sozialisierung gibt Redner eine formulierte Erklärung ab, wonach die demokratische Partei zwar keineswegs einer solcher Maßnahmen prinzipiell widerstrebt, aber vor bloßen Experimenten auf diesem Gebiete, speziell dem der Lebensmittelpostale, dringend warnen muß. Das Verdienst an den sozialen Fortschritten, die Berlin seit 1884, seit dem Einzug der Sozialdemokraten in die Verwaltung, gemacht habe, weiß der Redner auch der früheren Mehrheit zu, ohne die die Anträge der sozialdemokratischen Minorität nie hätten durchdringen können.

Gemanuel Wurm (H. Soz.): Die frühere Mehrheit habe halbe Angehörige und Abschlagszahlungen geleistet aus Furcht, die Reichsregierung möge über sie zur Lagerordnung übergeben. Die ökonomisch überflüssigen Provisionsgeber zwischen Produktion und Konsumtion müßten gerade auf dem Gebiete der Lebensmittelpostale beseitigt werden. (Lebhafte Widerspruch bei den Bürgerlichen und Demokraten.)

Kastel erklärt die ihm zuteil gewordene „Mitschuldung“ für nicht wahr und behält sich den angemessigen Rückweis vor. Der Stadtkonferenzpräsident geht an den Staatsanwalt. Die Vorlage über Erhöhung der Vergütungssätze für Hilfskräfte wird auf Antrag Bräuner (Soz.) einem Ausschuss überwiesen, den der Vorstand sofort ernannt. Schluß gegen 10 Uhr.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Forderungen der Telegraphenarbeiter der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

Anschließend an die Verhandlungen im Reichspostministerium, über die wir in der Abendnummer vom Dienstag berichtet, fand im Gardekasino Sophienstr. 34 eine Kundgebung aller Telegraphenarbeiter Groß-Berlins statt. Lange vor Eröffnung der Versammlung war der Saal überfüllt. Hunderte von Telegraphenarbeitern mußten auf dem Hofe verharren, bis ihnen auf anderem Wege die Beschlüsse mitgeteilt werden konnten. Nach Eröffnung der Versammlung ergriff der Obmann der Verhandlungskommission, Bundessekretär Wallentin, das Wort. Gefordert wird, das jetzige Lohnsystem abzuschießen und das ganze Reichspostgebiet in drei Lohnklassen einzuteilen.

In Lohnklasse 1 soll für Handwerker im Bau der Anfangslohn 18 M., für sonstige Handwerker 17 M., für Telegraphenarbeiter 16 M. betragen. In Lohnklasse 2 wird gefordert: Für Handwerker im Bau ein Anfangslohn von 17 M., für sonstige Handwerker 16 M., für Telegraphenarbeiter 15 M. In Lohnklasse 3 für Handwerker im Bau ein Anfangslohn von 16 M., für sonstige Handwerker 14 M., für Telegraphenarbeiter 13 M., steigend in jedem Dienstjahr um 60 Pf. Umrechnung der Tagelöhne in Wochenlöhne.

Außerdem wird die Einführung dieser Lohnsätze ab 1. April, die Mitbestimmung der auf Wochentage fallenden gesetzlichen Feiertage, Nachzahlung der Osterfeiertage und sofortige Einführung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterchaft durch ihren berechtigten Vertreter gefordert. Redner erklärte, die Kommission erwarte von den Versammelten Beschlüsse und Direktiven, ob sie noch dem Grundsatze der gestellten Forderungen mit den Vertretern der Verwaltung weiter verhandeln sollte und wies darauf hin, daß viele Schwierigkeiten zu überwinden seien. Nach stundenlanger Auseinandersetzung wurden zwei Entschlüsse einstimmig angenommen, in denen die Forderungen nochmals formuliert sind und des Weiteren betont wird, daß die Versammelten an der Durchführung der Forderungen festhalten.

Am nächsten Tage wurden die Verhandlungen im Reichspostministerium wieder aufgenommen. Minister Giesberts erklärte die Forderungen für zu hoch und bedauerte, daß die Verhandlungen bisher zu keinem Ergebnis geführt hätten. Des Weiteren wies der Minister auf die schwierige Wirtschaftslage hin; er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich eine Einigungsbasis finden möge. Der Obmann, Bundessekretär Wallentin, erklärte, daß die gestellten Forderungen das Existenzminimum des Telegraphenarbeiters darstellten, um auch nur einigermaßen mit seiner Familie leben zu können und hat den Minister, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Der Minister wurde plötzlich abgerufen und übertrug den übrigen Herren die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterchaft. Nach erregter Aussprache wurden die Verhandlungen auf einige Stunden vertagt, um jeder Partei Gelegenheit zu geben, nochmals ihre Stellungnahme zu der ganzen Sachlage zu prüfen. In der alsdann wiedereröffneten gemeinsamen Sitzung verhandelte der Obmann der Kommission den Beschluß der Arbeitervertreter, daß Beschlüsse von den gestellten Forderungen nicht gemacht werden könnten, da sie lediglich das Existenzminimum der Arbeiter darstellten. Der Vertreter der Verwaltung Herr Gehl, Oberpostrat Viktor erklärte, daß er grundsätzlich an den Erklärungen des Ministers festhalte. Bundessekretär Wallentin betonte, daß die Kommission dann gestungen sei, die Verhandlungen zu unterbrechen und bis Donnerstag nachmittag eine schriftliche Erklärung der Verwaltung im Bureau erwarte. Falls sie ablehnen sollte, wären die Organisationen gezwungen, die Delegationen telegraphisch nach Berlin zu laden, um dann der Postverwaltung die Antwort öffentlich zu geben und durch diese Delegierten dann die Forderungen durchzusetzen. Darauf wurden die Verhandlungen abgebrochen.

### Der Streik der Beamtenstreit.

Dem am 20. April 1910 gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, durch den der Streik im Bankgewerbe beigelegt worden ist, haben sich sowohl der Verband Berliner Kantleitungen wie auch die Generalstreikleitung durch ausdrückliche schriftliche Erklärung unterworfen.

### Protestversammlung der Zivilangestellten der militärischen Ämter und Betriebe Groß-Berlins.

Im Sportpalast fand am Donnerstag nachmittag eine hiesige besuchte Protestversammlung der Zivilangestellten der Militärbehörden, Betriebe usw. gegen ihre Verdrängung aus den Posten durch Kapitulanten und aktive Militärpersonen statt. Reichsanwalt Blumberg polemisierte mit Schärfe gegen die Regierungsübertragungen, die bezwecken, die Zivilangestellten zu entlassen und ihre Posten durch aktive Militärs zu besetzen. Er führte besonders aus, daß die Zivilangestellten erst einen gesunden Zug in das verknöcherte

Militärschreibstufensystem gebracht hätten, daß sie in der Zeit der Not eingesperrt seien und in der Revolution treu zur Regierung gehalten hätten. Es sei unbillig, jetzt lediglich um der Verjüngung willen sogar auswärtiger Kapitulanten wollen zu sagen, daß der Wehr seine Schuldigkeit getan habe und nun gehen könne. Die Militärämter wolle man nicht zurücksetzen. So lange es noch notwendig sei, für Freikorps zu werben, wäre es viel ratsamer, den Militärpersonen, deren Beruf es ja sei, den Eintritt in diese zu empfehlen, statt Angestellte auf das Pflaster zu setzen und ihnen diesen für sie unangebrachten Rat zu erteilen.

Darauf referierte Herr Riegel vom Kriegsministerium, der die Ausführungen seines Vorgesetzten durch die Verlesung mehrerer militärischer Erlasse ergänzte.

Eine von der Versammlungsleitung, dem sogenannten Bierzechnerausschuß, vorgelegene Entschlüsselung wurde hauptsächlich von Vertretern der Spandauer Betriebe als zu laun und nicht ihren Interessen entsprechend bekämpft. Diese legten ihrerseits eine Entschlüsselung vor. Als Organisationsvertreter sprachen Düblich (Zentralverband der Handlungsgehilfen), Gram (Bund der technischen Industriellen Beamten) und Wittur (Verband der Bureauangestellten); sie rieten dringend, härter als bisher Ansetzung an die Gewerkschaften zu suchen und mit diesen Hand in Hand zu kämpfen.

Im Schlußwort wies Rechtsanwalt Blumberg darauf hin, daß die Spandauer Angestellten überhaupt nicht dem Bierzechnerausschuß angehöre. Die vorgelegene Entschlüsselung wurde jedoch in ihrem Sinne erweitert. Die Spandauer gaben sich hiermit jedoch nicht zufrieden und versuchten, den Gang der Verhandlung zu stören.

Am Schluß wurde die von der Leitung vorgelegene Entschlüsselung mit überwältigender Mehrheit angenommen, wodurch die andere Resolution hinfällig wurde. Die angenommene Entschlüsselung besagt: Die im Sportpalast versammelten Zivilangestellten sämtlicher Militärbehörden, militärischer Institute, Truppenteile und Heeresbetriebe Groß-Berlins und Spandaus protestieren entschieden gegen ihre in die Wege geleitete Ablösung durch Kapitulanten und andere aktive Militärpersonen. Sie erklären darin nicht nur eine große Härte, sondern sind auch vor die Frage gestellt, demnächst arbeits- und brotlos zu werden. Auch die Zivilangestellten haben, ebenso wie die aktiven Militärpersonen, eine Existenzberechtigung, die ihnen vom Staate nicht genommen werden darf. Sie verlangen ferner die Weiterbeschäftigung der Zivilangestellten in den Spandauer Betrieben. Die Zivilangestellten weigern sich entschieden, die zu ihrer Ablösung eingestellten Kapitulanten einzuarbeiten. Sie erwarten binnen sechs Tagen eine an den Bierzechnerausschuß zu richtende befriedigende Antwort.

### Ende des Rohrlegerstreiks.

In einer am gestrigen Donnerstag im Gewerkschaftshaus tagenden überfüllten Versammlung der streikenden Rohrleger richtete Giese eingehend über den Verlauf der mit den Unternehmern geführten Verhandlungen. In allen Hauptpunkten habe man Zugeständnisse erreicht, die den Forderungen der Streikenden nahekommen. Der Tarifvertrag sei bis auf einige, nicht wesentliche Punkte, die noch zu fixieren sind, fertig aufgestellt. Er solle bis zum 30. September in Kraft bleiben. Da die Streikleitung zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß durch Fortsetzung des Streiks ein günstigeres Ergebnis nicht zu erzielen sei, empfehle diese die Annahme des Tarifvertrages.

Noch kurzer Debatte wurde mit allen gegen einige Stimmen beschlossen, den Streik abzubrechen und der Streikleitung das Mandat zu erteilen, den Tarifvertrag zu vollziehen. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird laut Beschluß am Montag, den 23. d. Mts., erfolgen. Von der Forderung auf Bezahlung der Streiktage wurde Abstand genommen, nachdem mehrfach darauf hingewiesen wurde, daß es ungewerkschaftlich sei, die Konsequenzen eines Kampfes in der Form materieller Opfer nicht auf sich zu nehmen.

### Tarifverhandlungen im Versicherungsgetriebe.

Die Tarifkommission der zu einem Kartellverband vereinigten Angestelltenverbände (Verband der Bureauangestellten, Verband deutscher Versicherungsbeamten, Zentralverband der Handlungsgehilfen) sind vom Arbeitgeberverband die Gegenseitigen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages übermitteln worden, nachdem durch Schiedsspruch des Einigungsamtes vom 17. 2. 19 beiden Parteien aufgegeben worden war, den Tarifabschluß möglichst bis zum 31. 3. 19 herbeizuführen. Das Sprichwort „Gut Ding will Weile haben“ scheint sich aber diesmal für die Angestellten ins Gegenteil zu verkehren, denn die vom Arbeitgeberverband vorgelegenen Gehaltsätze zeugen von einem so geringen Verständnis für die soziale Lage der Angestellten, daß es unmöglich angeht, sie zur Verhandlungsbasis zu machen. Der Vertrag schließt von vornherein die Erlassung der Proturisten und einiger weiteren Personalkreise aus. Die Klasse I des Arbeitgeberentwurfes sieht indessen nur solche qualifizierten Arbeiten vor, deren Ver-

richtung fast ausnahmslos Proturisten übertragen ist. Das wäre an sich belanglos. Wer da aber annimmt, daß die in dieser Klasse vorgelegenen Gehälter den sonst üblichen Proturisten-Einkommen entsprechen, irrt. Soll doch die Oberleitung eines Organisationsbureaus oder die Leitung des juristischen Bureaus (Synodus) nach vollendetem 48. Lebensjahre und einer 24jährigen Dienstzeit das fürstliche Gesamtjahreseinkommen von M. 6696 erhalten. Und die Tendenz? Nun es folgen der Klasse I noch vier weitere Klassen für die weniger qualifizierten Arbeiten, ferner eine Vorklasse für sogenannte einfachen oder mechanische Arbeiten, sowie eine besondere alle Angestellte bis zum vollendeten 24. Lebensjahre umfassende Gehaltsklasse, die alle mit ihren Einkommensstufen naturgemäß dem obigen Höchstgehalt von M. 6696 stufenweise untergeordnet werden mußten. Es nimmt alsdann kein Wunder, wenn die Arbeitgeber glauben, daß ein 20-jähriger Angestellter mit einem Jahreseinkommen von M. 1872 selbst unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu verhungern brauche. — Glücklicherweise wird es den Angestellten auch gestattet sein, noch ein Wörtchen mitzureden!

Die Angestellten der KGB-Apparatefabrik erklärten in einer in den Wila-Sälen stattgefundenen Versammlung die im Schiedsspruch vom 8. ds. festgesetzten materiellen Zugeständnisse für gänzlich ungenügend. Nur mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage wird der Streik zurzeit beendet. Unter allen Umständen erwarten die Versammelten, daß unverzüglich Mindestgehälter festgesetzt werden, die es den Angestellten ermöglichen, ihre Lebensbedürfnisse der bestehenden, stetig wachsenden Teuerung entsprechend zu befriedigen.

Vom Vorstand des Zentralverbandes der Fleischer, Mitgliedschaft Berlin, erhalten wir auf die Verichtigung des Verbandsvorsitzenden V. Hensel eine Zuschrift, in der u. a. betont wird, daß Hensel in der Vorstandsbesprechung bei der Resolution Rogge, die eine Aufhebung des Belagerungszustandes forderte, für Uebergang zur Tagesordnung gestimmt habe. Es sei dies im Grunde genommen dasselbe, ob eine unangenehme Resolution durch Uebergang zur Tagesordnung oder durch direkte Abstimmung erledigt werde.

Die Obmänner der Angestellten-Ausschüsse der Bankgeschäfte Groß-Berlins versammelten sich am Montag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, im Gartenlokal des Restaurants Weisenhofen an der Potsdamer Brücke zwecks Besprechung des Tarifabkommens für die kaufmännischen Beamten und Beamtinnen. Wo Angestellten-Ausschüsse nicht bestehen wird um Entsendung eines kaufmännisch tätigen Vertrauensmannes erucht.

**Wichtigsteherlei Spandan.** Die Lohnzahlung findet heute Freitag um 1 Uhr an den bekannten Stellen statt. Anschließend Betriebsversammlungen.

**Feuerwerk-Laboratorium Spandan.** In folgenden Lokalen wird Auskunft erteilt: Roabit und Charlottenburg: Kaiserin-Augusta-Allee 30 bei Berg; Wedding und Gesundbrunnen: Brunnenstr. 101 bei Hies; Döberitz: Köpenicker Str. 5/6 bei Eppler; Kehlborn: Weiserstr. 157 bei Hermann; Spandan: Kallenderger Str. 1 bei Berner.

Sonnabend, den 26. April, vormittags 10 Uhr, in den Germania-Sälen, Berlin, Chausseest. 110: Betriebsversammlung. Erscheinen dringend erforderlich. Der Arbeiterrat: t. u. Siebert.

### Jugendveranstaltungen.

**Berein Arbeiterjugend Groß-Berlin, Wedding.** Veranstaltungen ab heute regelmäßig im Lokal von Klages, Altreiter Str. 21.

**Wobbit.** Wilhelmshöfener Str. 48, Wödenabend. Vortrag: Erziehung zum Lebenskampf. — Die männlichen Kollegen treffen sich ebenfalls 7 Uhr dort zu einer wichtigen Besprechung.

**Weisenhofen.** Heute abend 8 Uhr im Jugendheim (Wedding) im Moedlmannstr. 1, Fortsetzung des Diskussionsabends.

### Soziales.

#### Einstellung von Angestellten.

Zu unserer unter dieser Überschrift in Nr. 197 des „Vorwärts“ gebrochenen Notiz schreibt uns der Reichsminister für Demobilisierung, daß nach § 19 Abs. 1 der Verordnung vom 26. März 1910 über die Freimachung von Arbeitsstellen ein Entlassungsgebot nicht besteht gegenüber Kriegsteilnehmern und Zivilinternierten, die infolge Verordnungen vom 4. und 24. Januar 1910 und ihren Nachträgen wieder eingestellt sind. Leider vernichten wir eine gleiche Ausnahme in der Verordnung des Demobilisierungsausschusses Groß-Berlin vom 3. April d. J. Die im § 2 dieser Verordnung vorgegebenen Ausnahmen beziehen sich auf andere Fälle. Der Demobilisierungsausschuß Groß-Berlin wird nicht umhin können, schließlich einen Nachtrag zu erlassen.

Die Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter bleibt ebenfalls in Kraft, auch diese sind von dem Entlassungsgebot nicht bedroht.

Verantwortlich für Volltext: Helmut Müller, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Gass, Kehlborn, für Anzeigen: Theodor Glade, Berlin, Verlag: „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: „Vorwärts“-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage.

# Deutsche Männer und Frauen! Erscheint in Massen

zu der am Sonntag, 27. April, 11 Uhr vormittags, im Palasttheater am Zoo, Gartenbergstraße 29a, stattfindenden

# Protestversammlung gegen die Zerstückelung Deutschlands

Redner: Staatsminister Heine, Dr. Maximilian Pfeiffer, Dr. Hermann Pachtke und Friedrich Weinhausen.

Reichsverband Dösch, Potsdamer Str. 75. Fernruf: Nollendorf 5843.

# A. WERTHEIM

Versand-Abteilung Berlin W 66

Q. m. b. H.

## Holzstäbchen-Rouleaus

90x180 cm . . M. 17.00    105x220 cm . . M. 27.35    120x300 cm . . M. 37.80  
100x200 cm . . M. 21.00    120x240 cm . . M. 30.25    130x300 cm . . M. 40.95  
und andere Größen

## Marmor-Anschluß-Waschtische

in verschiedenen Ausführungen und Preislagen

## Bade-Einrichtungen u. Zubehörteile

Nur Leipziger Straße

## Bettstellen

## Ruhebetten • Polster- und Eisen-Bettstellen

Metallbettstellen    Kinderbettstellen  
in besserer Ausführung    aus Holz und Eisen

## Matratzen eigener Herstellung

## Ein Waggon

## holländische Pflanzen

Rhododendron gesunde, winterharte Pflanzen St. 2.90 bis 7.50  
Buxusbüsche . . . Stück 1.90 bis 6.00  
Buxuskronen starke Pflanzen, Stück 6.50  
Buxus-Pyramiden ca. 1 m hoch, volle Pflanzen . . . . . Stück 7.50

Kirschlorbeer gesunde, vollbelaubte Pflanzen . . Stück 2.10 bis 5.00  
Schlingrosen beliebte Sorten . . . . . 1 Stück 1.90 3 Stück 5.25  
Hochstammrosen beliebte Sorten . . . . . Stück 4.50  
Taxus besonders starke Pflanzen, Stück 4.50

## Korbmöbel-Abteilung

Garten- und Veranden-Möbel aus Eisen, Korb u. Holz  
Liegestühle für Sanatorien aus Weide, verstellbar  
Triumph- und Feldstühle in reicher Auswahl  
Reisekörbe in vielen Preislagen

# Groß-Berlin

## Pleitefrühling.

„Wieder schmückt sich die Natur...“  
 Also schreiben alle Schmoder,  
 eingehüllt im Duft der Soden.  
 (Nichts für ungut, meine nur...)  
 Broddorf-Randau gondelt los.  
 „Deutschland, Deutschland über alles...?“  
 Ueber allem ist der Falles!  
 (Wie? Bewahre! Dachte bloß...)  
 Ja, dem Himmel sei's geklagt.  
 Schmeißt den Bild du in die Welt:  
 Nichts als Pleite, nichts als Pleite...  
 (Ich hab's immer schon geklagt.)

Paulchen.

## Kratsberatung im Roten Hause.

Man muß ihn im wesentlichen so schluden, wie er ist! Das war gestern in der Berliner Stadtverordnetenversammlung bei der Fortsetzung der ersten Lesung des Stadthausplans der Zeitgedante sämtlicher Neben. Wünsche wurden in Menge vorgebracht. Aber jeder Redner gefand entfangen: Ein stweilen sehltes an Geld! Zur Aufbringung des Einnahmehohrs, mit dem die ganz außerordentliche Ausgabesteigerung gedeckt werden soll, hat die Stadt bei diesem Haushaltplan keine andere Quelle, als die Steuerkraft der Einwohner. Keiner von den Rednern der vier Fraktionen äußerte die Hoffnung, daß sich von der bedeutenden Steuererhöhung noch etwas werde abhandeln lassen. Gegenüber den Sozialisierungsplänen, auf die der Unabhängige Dinge und der Sozialdemokrat Genosse Bruns hinwies, glaubte der Demokrat Cassel „vor Experimenten warnen“ zu sollen. Der Haushaltplan wurde dem Ausschuß überwiesen, der an ihm kaum etwas ändern wird.

## Die öffentliche Bewirtschaftung des Rohfleisches.

Uns wird geschrieben:  
 Durch die Stilllegung der Betriebe, wodurch die Rohschlächter die Aufhebung der Zwangsverpflichtung erwirken wollten, ist die Frage der öffentlichen Bewirtschaftung des Rohfleisches zu einer brennenden geworden. Es ist zweifellos ein offener Schwundel, daß die Rohschlächter nur das Betreiben haben, die Bevölkerung mit preiswertem Rohfleisch zu versehen. Schon der Umstand, daß die Pferdebesitzer sich dem Steuif angeschlossenen haben, beweist, daß sie keinesfalls daran denken, ihr Pferdmaterial etwa billiger zu verkaufen, sondern daß sie vielmehr darum mitgemacht haben, um noch höhere Preise zu erzielen, andernfalls hätte die Sache für sie keinen Sinn.  
 Die Geflügelorganisation hat die Rohschlächter einkreislich gewarnt, ihnen dagegen vorgeschlagen, gemeinsam dafür einzutreten, daß die Schlachtpferde festgesetzt werden und eine andere Festsetzung des Höchstpreises vorgenommen wird, damit die Rohschlächter ohne bedrohliche Zwangssetzung ihr Gewerbe ausüben können. Man fühlte sich aber kurz genug, um die konformistischen Wünsche durchzusetzen und brennend ein Zusammengehen mit der Arbeiterorganisation. Man nahm an, ganz Berlin würde vor den frohlenden Rohschlächtern existieren, denn die eingeschübete Macht ging sogar so weit, daß sie die Befestigung der Zwangsverpflichtung und der Viehhandelsverbände forderten und so lange freuten wollten, bis alle Forderungen erfüllt sind.  
 Die ausgesperrten Rohschlächtergesellschaften fordern auf Grund dieser Verhältnisse die öffentliche Bewirtschaftung des Rohfleisches. Diese Forderung scheint nunmehr ihrer Erfüllung entgegenzugehen. Es ist jetzt Aufgabe der Kommunalverbände, die Bewirtschaftung des Rohfleisches auch wirklich im Interesse der Kommunalen vorzunehmen. Es kann sich nicht allein darum handeln, das angelegte Pferdeweis auf besondere Fleischarten zu verteilen, sondern noch vielmehr darum, den größeren Teil des Fleisches zu

Burst und Protoschmittmittel zu verarbeiten. Was der ärmeren Bevölkerung vor allem fehlt, ist ein Brotbelag. Der Arbeiter ist in der Großstadt den ganzen Tag von der Wohnung getrennt und muß sich für diese Zeit mit Brot austheilen. Schlechthandelspreise für Brotbelag kann die arme Bevölkerung nicht zahlen. Einen erheblichen Ausgleich würde die Rohwurst bieten.  
 Die Kommunen haben jetzt die Möglichkeit, den Vertrieb und die Verteilung des Rohfleisches zu kommunalisieren. Aufkauf und Anlieferung würden die Viehhandelsverbände übernehmen können. Der Speisefah derselben kann herabgesetzt werden, zumal die Millionenüberschüsse heute nicht nur im Reichinteresse Verwendung finden. Schlachtung, Verarbeitung und Verteilung erfolgt dann durch die Kommunen. Die Zentralisation der Schlachtungen ist eminent wichtig. Hier herrschen die tollsten Zustände. In Einzelanschlägen der Borsote werden heute Tag und Nacht Pferde geschlachtet, während die Räume des Berliner Zentralviehhofs leer stehen. Es fehlt jede Kontrolle darüber, wo das Fleisch hinkommt.  
 Desgleichen muß darauf gehalten werden, daß die Verarbeitung zu Burst und Protoschmitt in städtischen Betrieben vorgenommen wird. Es ist sicher ein überaus trauriges Kapitel, daß zum Beispiel die Wurstfabrik der Stadt Berlin in Hohenschönhausen auf dem Ausserbetrieb steht, während die städtische Fleischwurst noch Privatunternehmern überlassen ist, von denen einige sogar noch nicht einmal die tariflichen Bedingungen anerkennen. Bisher haben speziell die Groß-Berliner Gemeinden bei der Uebernahme der Fleischverarbeitung grundsätzlich fast nur mit den Innungs-obermeistern oder sonstigen Kleinmeistern zusammengearbeitet, die dabei vor allem das Wohl der Produzenten und Kleinmeister wahrgenommen haben. Einige Gemeinden haben das bereits einsehen müssen.  
 Die Verteilung des Rohfleisches wird in den kleineren Vorortgemeinden durch die städtischen Verkaufsstellen erfolgen können. Belegte Verkäufer stehen aus den Reihen der 2000 arbeitslosen Fleischbegleiter genügend zur Verfügung. In den größeren Gemeinden wird man besondere Verkaufsstellen, Verteilungstellen errichten können. Man soll auch hier nicht Reister, sondern Arbeiterherausziehen.

Die Kommunen können also bei der Bewirtschaftung des Pferdeweises gehen, ob sie Verständnis für die brennenden Fragen der Zeit besitzen oder ob sie hier einen wichtigen Zweig der Nahrungsmittelbewirtschaftung wieder den Privatunternehmern überlassen wollen.

## Schöppin gegen Militärwillkür.

Die „Freiheit“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Gouverneurs von Berlin, Gen. Schöppin. Danach sind durch die Unterbringung von Freikorps ganz bedeutende Kosten, mehrere Millionen Mark, entstanden. Die Höhe dieser Summe ist hauptsächlich auf Verschwendungen und Fahrlässigkeiten, aber auch vorzüglicher Art und sogar auf Diebstahl zurückzuführen. Mehrfach haben Truppenteile, die sich eigenmächtig einquartiert hatten, sich geweigert, in der Nähe gelegene Quartiere zu beziehen. Nicht nur die Mannschaften, auch die Führer sind den Eigentümern der Quartiere und — soweit es sich um Schulen und andere städtische Anstalten handelte — den Rektoren und Beamten auf das schroffste gegenübergetreten. Privatpersonen, Beamte und Behörden haben sich in zahlreichen Eingaben wiederholt gedehnt, daß das Benehmen einzelner Truppenteile, und nicht zuletzt das jüngerer Offiziere, völlig wie in Feindesland gewesen sei.  
 Bei Truppen und Stäben, die längere Zeit hier liegen sollen — insbesondere auch Werbubureau — wird von Seiten der Stadtverwaltungen über unnötige Raumverschwendung geklagt, wodurch die Wohnungsnot verschärft würde. Vielleicht ist diese Raumverschwendung in mehreren Fällen darauf zurückzuführen, daß einzelnen Formationen pp. Privatgelde zur Verfügung steht, und sie deshalb glauben, daß es nicht darauf anläge.  
 Schöppin schlägt mit der Aufforderung, im Hinblick auf die gegen die Regierungstruppen systematisch betriebene Hege alles zu tun, um für die Folge Uebergriffe der geschilderten Art nach Möglichkeit zu vermeiden.  
 Dieses Rundschreiben zeigt wieder einmal, daß die Geistesverwirrung durch den Krieg auf beiden Seiten, bei den Spartaisten wie bei den Truppen, die wegen der Spartaistengeisse leider aufgestellt werden mußten, nachwilt. Es zeigt aber auch, wie niederträchtig die Gesandigung ist, die Wehrheitssozialisten billigen Unrecht auf Seiten der Freikorps oder sie veranlassen es gar mit.

## Gastwirtschaften am 1. Mai geschlossen.

Im Kerkau-Palast fand am Donnerstag eine Vertrauensmännerversammlung aller gastwirtschaftlichen Betriebe Groß-Berlins statt, die den Beschluß faßte, den 1. Mai als Nationalfeiertag zu feiern und an diesem Tage alle Betriebe geschlossen zu halten.

Die Lazarettinsassen verlangen Aufhebung der Lazarettlösung an sich, da sie eine sozial nicht zu rechtfertigende Benachteiligung der Verwundeten darstellt. Gleichstellung in bezug auf Gehaltsstufe, Verpflegung und Verpflegungsgeld mit den Fronttruppen. Damit sind ihre Wünsche schon erschöpft. Die Willigenstellung des Kriegsministeriums in Nr. 206 bedeutet eine direkte Verdrängung der Lazarettlösung, denn durch die Neuregelung wird nicht eine wesentliche Besserstellung der Lazarettinsassen erzielt, sondern nur Konfliktstoffe hineingebracht. Wie will man überhaupt die Herabsetzung der Lazarettlösung auf den Friedenslazarareth, der 5 Pf. pro Tag beträgt, begründen, wie will man eine Differenzierung der widderrussischen Feuerungszulagen zwischen Unteroffizieren und Mannschaften erklären, wodurch fühlbar man sich benachteiligt, als den Kriegsverletzten, die heute ambulatorisch behandelt werden oder bis zur Durchführung ihres Rentenverfahrens beurlaubt sind, den Verpflegungssatz von 2,70 M. pro Tag, der bisher schon völlig unzulänglich war, auf 1,20 M. pro Tag herabzusetzen, während man bei Beurteilungen den freiwilligen Verbänden 5 M. Verpflegungsgeld pro Tag bewilligt, so daß diesen Kameraden ein tägliches Einkommen von 11 M. im Urlaub zur Verfügung steht? Man komme nicht mit finanziellen Bedenken. Die völlige Bewilligung der Forderungen würde eine monatliche Mehrbelastung von rund 1/2 Billionen bedeuten, ein Betrag, der sich von Monat zu Monat bedeutend verringert und der bei dem Tiefstand des Reiches gerade hier keine Rolle spielen darf.  
 Wenn die Kriegsbeschädigten auch nichts vom Dank des Vaterlandes erwarten, so können sie doch verlangen, daß sie der Staat nicht mit Bettelpflechten abspießt. Das Kriegsministerium sagt: „Wer mit dem zusehenden Betrag nicht auszukommen vermag, kann bis zur Beendigung des Entlassungsverfahrens bei der Truppe verbleiben.“ Haben die Herren nicht die Einsicht, daß nach fünf Jahren der Abwesenheit das Bedürfnis besteht, sozial wie irgend möglich innerhalb der Familien zu leben?

Wohnlauben in Groß-Berlin. Nach einer neuen Verordnung des Regierungspräsidenten sind Wohnlauben auf unbebauten Grundstücken als Wohnhäuser nicht anzufordern, wenn sie höchstens vom 15. April bis zum 15. Oktober zum Aufenthalt von Menschen dienen und die Bewohner anderwärts eine feste Wohnung haben. Solche Wohnlauben bedürfen nur der Baugenehmigung und der Gebrauchsunterbrechung. Die Ortspolizei kann Erleichterungen gewähren. Die Wohnlauben dürfen eine Grundfläche bis zu 30 Quadratmeter und außerdem eine Veranda von höchstens 10 Quadratmeter erhalten. Die Mindestentfernung von den Nachbargrenzen muß fünf Meter betragen, andernfalls müssen sie auf der Grenze oder zwischen sich eine Brandmauer erhalten. Sie dürfen nur ein Geschöß haben. Jedoch ist die Anlage eines Vorkastellens zulässig.

## Kerzte heraus!

Die Kerzestreich drohen wie eine ansteckende Krankheit sich über ganz Deutschland zu verbreiten. Es liegen Nachrichten vor, daß in Bremen sogar die Kerate der Krankenhäuser streikten. Diesen Kerzestreichern muß auf das schärfste entgegengetreten werden. Wenn ein Arzt sich weigert, Kranken Hilfe zu leisten, so schlägt er der wahren Auffassung des ärztlichen Berufs ins Gesicht. Der wahre Arzt muß es sich als eine Ehre anrechnen, daß er seine Selbstschuld soweit überwindet, daß er sogar seinem schlauesten Feind die ärztliche Hilfe nicht verweigert und ihn ebenso gewissenhaft perfort wie seinen Freund. Die ärztliche Tätigkeit hat daher mit der Politik nichts zu tun.  
 Es soll eine „Arbeitsgemeinschaft der Kerzestreich-Gegner“ gegründet werden. Mitglieder dieser Arbeitsgemeinschaft sollen die Kerate sein, die bereit sind, mit ihrem Namen ihre Gegnerschaft gegenüber der zu Streik sich organisierenden anderen Kerzestreich in der Öffentlichkeit zu betreten und im Falle eines Kerzestreichs sich zur ärztlichen Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.  
 Beitrittserklärungen sind zu richten an: Dr. Hausler, W. 62, Kaldertstraße 15. Telefon: 2940 5038.

Die Arbeitslosenversammlungen am Donnerstag waren sehr stark besucht. Im Gewerkschaftshause sprach Künze, der u. a. mit:

## Ein Doppelgänger.

Erzählung von Theodor Storm.

81

Eine ältliche, unverheiratete Schwester der Hausfrau stand neben ihm. „Nun sehen Sie,“ flüsterte die Dame und zeigte mit dem Finger nach dem Paare, „vor zehn Monaten noch am Wollspinnen im Zuchthaus, und nun tanzt er mit dem Glück im Arm!“  
 Der Bürgermeister nickte: „Ja, ja — Sie haben recht... aber er selbst ist doch glücklich und wird es nimmer werden.“  
 Die alte Jungfer sah ihn an. „Das versteh ich doch nicht ganz,“ sagte sie, „solche Leute fühlen anders als unsereins. Aber freilich, Sie sind ein unverbesserlicher Junggesell!“  
 „Ich scherze nicht, liebes Fräulein,“ erwiderte der Bürgermeister; „es tut mir leid um diesen Menschen; das Glück in seinem Arm mag echt genug sein, ihm wird es nichts nützen; denn in seinem tiefsten Innern brüht er über einem Rätsel, zu dessen Lösung ihm weder sein Glück, wie Sie das junge Kind in seinen Armen zu nennen belieben, noch irgendein anderer Mensch auf Erden verhelfen kann.“  
 Das alte Fräulein sah recht dummt zu dem Redenden auf. „So möge er das Briten lassen!“ sagte sie endlich.  
 „Das kann er nicht.“  
 „Weshalb nicht? Er sieht doch herrlich genug aus.“  
 „Das tut er,“ entgegnete der Bürgermeister nachdenklich, „er könnte sogar wohl toll darüber werden, vielleicht noch einmal ein Verbrecher; denn das Rätsel heißt: Wie find' ich meine verspielte Ehre wieder? — Er wird es niemals lösen.“  
 „Om!“ meinte die Dame, „Gott, Bürgermeister, Sie haben allzeit so besondere Gedanken; aber ich denke, wir haben jetzt genug davon; die Laubstränge verbreiten so strengen Duft und die Lampen qualmen auch, man trägt's noch logelang in Haar und Kleidern.“  
 Sie gingen alle und überließen die Armen ihrer Aufmerksamkeit; nur der Bürgermeister zögerte noch ein paar Minuten, da wieder das junge Paar vorüberlief. Das siebzehnjährige Weib hing mit lachenden Augen an denen ihres Mannes, die sich, wie um alles zu vergessen, in die ihren zu bohren schienen.

„Wie lange noch wird's dauern?“ murmelte der Bürgermeister, dann folgte er den anderen.

Es dauerte doch noch ziemlich lange; denn das Weib war, obgleich in Lumpen aufgewachsen, jung und unschuldig. Sie wohnten in der Kote am Ende der ins Feld hinauslaufenden Norderstraße; das Kammerlein vorn war das ihre, die Mutter hatte sich ein Lager in der engen Küche einrichtungen verstanden. Sein alter Arbeitgeber wußte nun schon, daß John ein halbmal mehr als andere arbeite, und deshalb, und da auch der Bürgermeister ihm zusprach, hielt er den Mann fest, so oft ihm auch geraten wurde, den Zuchthäuser vor die Tür zu setzen. So war allzeit Arbeit da, für ihn und oftmals auch für die Frau, und die Nahrungssorge klopfte nicht an die kleine Tür. Ein Gärtlein war auch am Hause, und darin, hinten nach dem Weg hinaus, eine dicke Ligusterhecke. Hier sah die Frau meist an den Sommerabenden und harrte seiner, bis er von der Arbeit kam; dann slog sie auf ihn zu und zwang ihn, sich auf die Bank zu setzen; er aber litt sie nicht neben sich, er setzte sie auf seinen Schoß und hielt sie wie ein Kind an seiner Brust. „Komm nur,“ sagte er, „so müde bin ich nicht; ich hab' nicht viel, ich muß es alles in meinen Armen haben.“ So sprach er eines Abends; da sah sie ihn an und strich ihm, als wollte sie etwas fortwischen, mit ihren Fingern über die Stirn. „Das da wird immer tiefer!“ sagte sie.  
 „Was denn, Hanna?“  
 „Die Falte — nein, sprich nicht, John; ich kann's schon denken, die Bräudenarbeiter haben heut' ihr Fest; die anderen sind da, sie haben dich nicht eingeladen.“  
 Die Falte wurde noch tiefer. „Lach das!“ sagte er. „Sprich nicht davon; ich wär' ja doch nicht hingegangen.“ Und er klammerte die Arme fester um sein Weib. „Am besten,“ sagte er, „nur wir zwei allein.“

— Nach einigen Monaten sollte ein Kind geboren werden. Die gutmütige Alte lief mit wirrem Kopf umher; bald stellte sie ein Köpfchen für die Wöchnerin ans Feuer, bald wieder wickelte sie die dürftigen Hemden auseinander, die sie für ihr erwartetes Enkelkind aus alter Leinwand in vielen Wochen genäht hatte. Das junge Weib war im Bette liegend geblieben; der Mann sah bei ihr; er hatte Arbeit Arbeit sein lassen und hörte nur auf das Schönen seines Weibes, die fest ihre Hand um seine wickelte. „John!“ rief sie, „John! Gehwind, du mußt zur Mutter Grienet laufen, aber komm gleich wieder, bleib nicht fort!“

John hatte in dumpfem Sinnen gesehen. Nur wenige Augenblicke noch, dann sollte er Vater werden; ihn schauderte; er sah sich plötzlich wieder in der Büchlingsjade. „Ja, ja,“ rief er, „ich bin gleich wieder da!“

Es war am Morgen, und die Hebamme wohnte in derselben Straße; er lief und riß die Haustür auf, und als er in die kleine Stube trat, sah die dicke Alte an ihrem Morgenkaffee. „Na, Er ist's!“ rief sie unwirsch, „ich dacht' zum mindesten, es sei der Amtmann!“  
 „Ich hab' nicht weniger ein Weib als der!“  
 „Was ist mit seinem Weibe?“ fragte die Alte.  
 „Frag Sie nicht! Kommen Sie mit mir; mein Weib liegt in Kindesnöten; wir bedürfen Ihrer Hilfe.“

Die Alte musterte den erregten Mann, als zähle sie im Geist die wenigen Schillinge, die dieser Dienst ihr abwerfen werde, wenn sie nicht gar verloren gingen. „Geh Er nur vorab!“ sagte sie. „Ich muß erst meinen Kaffee trinken.“  
 John stand wie unentschlossen an der Stubentür.  
 „Geh Er nur!“ wiederholte sie, „sein Kind kommt früh genug!“ Er hätte das Weib erdroffeln mögen; aber er biß nur die Zähne aufeinander; sein Weib bedurfte ihrer. „So bitt' ich nur, Frau Grienet, trinket nicht zu langsam!“  
 „Ja, ja,“ sagte die Alte, „ich trinke, wie ich Lust hab.“  
 Er ging; er sah, daß jedes seiner Worte sie nur noch widerwilliger machte.

Sein Weib sond er wimmernd auf dem heißen Bette.  
 „Bist du es, John? Hast du sie bei dir?“  
 „Noch nicht, sie kommt wohl gleich.“  
 Das „gleich“ wurde zu einer halben Stunde, während John reglos neben der jammernden Wöchnerin saß und die Alte draußen noch einmal Kaffee für Mutter Grienet kochte. „Die können allzeit Kaffee trinken,“ sprach sie zu sich selber, „man muß sie sich zu Freunden halten!“  
 „John!“ rief in der Kammer das junge Weib, „sie kommt noch immer nicht!“  
 „Nein,“ sagte er, „sie muß erst Kaffee trinken.“ Er knirschte mit den Zähnen, und seine düsternen Brauen zogen sich zusammen. „Du hättest nur des Amtmanns Weib sein sollen!“

„John, ach John, ich sterbe!“ schrie sie plötzlich.  
 Da sprang er auf und rannte aus dem Hause. Auf der Straße begegnete er der dicken Hebamme. „Nun,“ rief sie, „ist das Kind schon da? Wohin will Er denn?“  
 „Zu Ihr, Frau Grienet, damit mir meine Frau nicht sterbe.“  
 (Fortf. folgt.)





